

BASis Info 5/2013

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

SPD

07.06.2013



Liebe Leserin, lieber Leser,

wie die meisten Duisburgerinnen und Duisburger warte ich gespannt auf das Urteil des Ständigen Schiedsgerichts. Ich hoffe sehr, dass wir weiter Profifußball in Duisburg sehen können. Ein Traditionsverein wie der MSV gehört nicht in die vierte oder gar fünfte Liga! Natürlich nicht. Besonders nicht mit diesen Fans. 5.500 Menschen haben beim MSV-Marsch am Dienstag ein tolles Bild abgegeben. Auf diese Fans kann unsere Stadt stolz sein.

Ein beschämendes Bild gab Verteidigungsminister de Maizière am Mittwoch im Verteidigungs- und im Haushaltsausschuss ab. Er musste erklären, warum rund eine halbe Milliarde Euro für die Drohne „Eurohawk“ verschleudert wurden - obwohl diese Drohne für die Bundeswehr völlig ungeeignet ist. Spätestens seit Februar 2012 wussten seine Staatssekretäre, dass die Zulassung scheitert. Der Minister soll aber nichts gewusst haben? Die Verteidigungshaltung des Verteidigungsministers: Erst werden die schriftlichen Fragen unserer SPD-Fraktion

einfach nicht beantwortet, dann lässt er auch in den Ausschüssen die meisten Fragen offen. Und jetzt versucht er die Verantwortung auf seine Mitarbeiter abzuwälzen. Für mich ist klar: Deutschland braucht keine bewaffneten Drohnen - und Deutschland braucht keinen Minister De Maizière als „Stabsdiener“ der Kanzlerin.

Und die Kanzlerin? Die hält sich beim Drohen-Debakel mal wieder raus und zieht lieber die Wahlkampf-Spendierhosen an. 45 ergebnislose „Gipfel“ hat diese Regierung in 4 Jahren veranstaltet und gleichzeitig 100 Milliarden Euro neuer Schulden gemacht. Jetzt sollen noch mal - allein mit 28 Milliarden aus dem Haushalt - Wahlgeschenke bezahlt werden. Das hat das Handelsblatt ausgerechnet und die verrechnen sich selten zu Ungunsten von CDU/CSU und FDP. Gegenfinanzierungsvorschlag? - Fehlanzeige. Eigene Ideen? - Schon mal gar nicht. Die Kanzlerin gibt sogar zu, dass sie die Mietpreisbremse bei der SPD geklaut hat. Das ist nicht nur das nächste schwarz-gelbe, Plagiat, sondern auch pure Wahl-

kampftrickserie. Noch im Mai hat Schwarz-Gelb mit der Mietrechtsänderung im Bundestag die Mieterrechte verschlechtert und gestern den SPD-Antrag „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ namentlich abgelehnt. Nur mit der SPD kommt die Mietpreisbremse, nur mit der SPD bleibt Wohnen bezahlbar. Mieten dürfen nur noch alle 4 Jahre um maximal 15% erhöht werden. Bei Neuvermietungen darf die Miete maximal 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen und den Makler zahlt, wer ihn bestellt.

Im Bundestag beginnt jetzt der Endspurt, zwei Sitzungswochen haben wir noch vor der Bundestagswahl. Für Duisburg gab es in den vergangenen Tagen auch Lichtblicke: Das Lehmbruck-Museum bekommt 330.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm des Bundes (s. Seite 4) und die Wasserballer des ASCD sind Deutscher Meister. Herzlichen Glückwunsch.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B.B.' with a stylized flourish.

Bärbel Bas



STICHWORT: Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL)

Millionenfach nehmen Versicherte der Gesetzlichen Krankenkassen in Deutschland sog. "Individuelle Gesundheitsleistungen" (IGeL) in Anspruch. Deutsche Arztpraxen haben 2010 „IGeL“ im Wert von 1,5 Milliarden Euro erbracht - und der "IGeL-Markt" wächst rasant.

Trotzdem wissen viele Menschen nicht, warum sie diese Leistungen privat zahlen müssen. Anders als oft behauptet, wurden diese Diagnose- und Behandlungsmethoden nicht aus Kostengründen aus der Regelversorgung ausgegliedert. Im Gegenteil: Ein Gremium aus Ärzten und Krankenkassen (der Gemeinsame Bundesausschuss - kurz: G-BA) prüft jede medizinische Methode, ob sie präventive, kurative oder rehabilitative Kriterien erfüllt. Besteht sie diese Prüfung, gehört sie zukünftig – unabhängig von den Kosten – zur GKV-Regelversorgung. „IGeL“ haben diese Prüfung oft schlicht nicht bestanden.

Da diese Leistungen nicht zum GKV-Katalog gehören, Arztpraxen sie aber trotzdem anbieten dürfen, handelt es sich um einen weitestgehend unregulierten Markt. Der Nutzen für die Patienten ist vielmals nicht belegt. Wissenschaftliche Studien zeigen zum Beispiel, dass zwei der häufigsten „IGeL“ – das Glaukom- und das vaginale Ultra-

schallscreening – dem Patienten nicht nutzen. Andere können sogar schaden: Etwa die Colon-Hydro-Therapie, die Darmblutungen auslösen kann. Wir brauchen daher dringend gesetzliche Regelungen zum Patientenschutz. Diese Regelungen helfen auch dem weit überwiegen- den Teil der Ärzteschaft, der „IGeL“ verantwortungsvoll anbietet. Der Missbrauch dieser Leistungen durch einige wenige gefährdet generell das Arzt-Patient-Vertrauen. Die SPD will den „IGeL“-Markt transparenter gestalten, stärker am Patientenwohl ausrichten und deutlich besser kontrollieren. Unsere Forderungen finden Sie in unserem Antrag "Individuelle Gesundheitsleistungen eindämmen", [den Sie mit einem Klick hier abrufen können.](#)

Heute fühlen sich viele Patientinnen und Patienten beim Thema „IGeL“ überrumpelt. Gerade in dieser medizinischen Grauzone muss die Entscheidung für oder gegen die Leistung ohne Druck fallen. Wir wollen deswegen, dass Ärzte innerhalb eines Tages nicht sowohl „IGeL“ als auch Leistungen des GKV-Regelkatalogs für einen Patienten abrechnen können. Damit stellen wir sicher, dass Patienten, die ihren Arzt aufsuchen und dann mit einer „IGeL“ konfrontiert werden, ihre Entscheidung nicht sofort fällen müssen.

Wir wollen, dass grundsätzlich ein schriftlicher Behandlungsvertrag geschlossen wird. Bevor der Patient den Vertrag unterschreibt, muss der Arzt ihn ausführlich informieren. Grundsätzlich folgt der Behandlung eine schriftliche Rechnung. Verstößt eine Praxis gegen diese Vorgabe, muss der Patient die Behandlung nicht zahlen.

Die Arztpraxen sollen in ihren Wartezimmern zudem eine Übersicht anbringen, welche „IGeL“ sie anbieten. Diese Übersicht soll ebenfalls Informationen darüber enthalten, warum es sich nicht um GKV-Leistungen handelt. Und schließlich wollen wir gewährleisten, dass Vertragsärzte ihre Arbeitszeit auch in Zukunft überwiegend für die Behandlung von gesetzlich Versicherten mit Kassenleistungen verwenden. Ärzte müssen die Balance zwischen „IGeL“ und Kassenleistungen wahren.

CDU/CSU und FDP haben unseren SPD-Antrag im Deutschen Bundestag übrigens abgelehnt – und zudem auch jede Regelung zu Selbstzahlerleistungen in ihrem Patientenrechtegesetz verhindert. Weitere Informationen zu „IGeL“ finden Sie zum Beispiel auf einer Webseite des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) unter <http://www.igel-monitor.de/>



Mit dem PPP 2014/2015 für ein Jahr in die USA

Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Hans Pflug rufe ich zum Mitmachen beim 31. Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) 2014/2015 auf. Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige können sich ab sofort beim Deutschen Bundestag für ein Austauschjahr in den USA bewerben. Wir übernehmen in unseren Wahlkreisen die Patenschaft für die jungen Botschafter aus Duisburg in den USA.

Die Schülerinnen und Schüler besuchen eine High School, die Berufstätigen gehen aufs College und machen ein Praktikum. Das Stipendium umfasst die Kosten für die Reise, das Programm und die Versicherung. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten leben in Gastfamilien und lernen so das US-Familienleben aus erster Hand kennen.

Informationen und Bewerbungsunterlagen zum Programm gibt es in meinem Wahlkreisbüro oder unter www.bundestag.de/ppp. Bewerbungsschluss ist der 13. September 2013.



Das Eventus-Bildungszentrum in Rheinhausen habe ich im Mai besucht. Eine Bildungseinrichtung, die tolle Arbeit leistet. Neben Schülernachhilfe, Erwachsenenbildung und Integrationskursen bietet Eventus Veranstaltungen an, die zum kulturellen Austausch und integrativen Miteinander beitragen. Weitere Informationen unter www.eventusbildung.de, Bilder meines Besuches finden Sie auf www.baerbelbas.de.

„Sportpolitisches Gespräch“ am 19.06. in Wedau

Zusammen mit dem Sportforum der Duisburger SPD lade ich Sie zu meiner nächsten Duisburger Impulse-Diskussionsveranstaltung ein. Das „Sportpolitische Gespräch“ findet statt am 19.06. (Mittwoch) um 18 Uhr in der Sportschule Wedau. Gastrednerin ist Dagmar Freitag (SPD), Vorsitzende des Sportausschuss des Deutschen Bundestages. Außerdem sitzen auf dem Podium:

Jürgen Keusemann (OSC Rheinhausen), Franz Hering (Stadtsportbund Duisburg). MdL Rainer Bischoff hält das Schlusswort. Moderiert wird die offene Podiumsdiskussion von Dirk Retzlaff (NRZ/WAZ). Alle Interessierten können sich gerne in meinem Wahlkreisbüro anmelden unter 0203/48869630. Weitere Informationen finden Sie unter www.baerbelbas.de.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++Einweihung des AWO-Kranichhof im Schlenk+++

+++09.06.: Matjesfest der SPD Großenbaum/Rahm auf dem Heinz-Bünk-Platz+++

+++10.06.-14.06. & 24.06.-28.06.: Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++15.06.: Stadtfest Rheinhausen+++

+++22.06.: Fischfest AWO/SPD in Rumeln-Kaldenhausen+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Lehmbruck-Museum bekommt 330.000 Euro vom Bund

Gute Nachrichten für Duisburg aus dem Bundestags-Haushaltsausschuss: Das Wilhelm-Lehmbruck-Museum bekommt 330.000 Euro aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm IV des Bundes. Der Einsatz von Hans und mir hat sich gelohnt. Diese Unterstützung ist sehr wichtig für Duisburg. Wir haben beim Staatsminister für Kultur und Medien erfolgreich deutlich gemacht, dass Duisburg die dringenden Sanierungsmaßnahmen nicht allein schultern kann. Weitere Infos auf www.baerbelbas.de.



Ein Bundestagsmandat für vier Tage hatte Laurentius Oles aus Ungelsheim vom 1. bis 4. Juni. Der 20-jährige nahm auf meine Einladung hin am Planspiel „Jugend und Parlament“ teil - zusammen mit 312 jungen Menschen aus ganz Deutschland. Eine wirklich tolle Chance, die Arbeit des Bundestages spielerisch kennenzulernen.

Heide Schnare von der IG Metall NRW hospitierte in der Woche der Gewerkschaftsjunior/innen der SPD-Bundestagsfraktion vom 12. bis 17. Mai in meinem Bundestagsbüro. Sie begleitete mich u.a. in die Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion, der Arbeitsgruppe Gesundheit und des Gesundheitsausschusses.

Neues aus meinem Tagebuch

Vor den Plenardebatten am Donnerstag hat der Bundestagspräsident die fraktionsübergreifende Solidarität des Deutschen Bundestages mit den Menschen in den Flutkatastrophengebieten von Bayern und Sachsen betont. In der Tat: Feuerwehr, Polizei, THW und die vielen Helferinnen und Helfer leisten beeindruckende Arbeit.

Große Geschlossenheit haben wir SPD-Abgeordneten aus dem Ruhrgebiet beim Fracking bewiesen. Dabei geht es um die Förderung von Erdgas, das fest im Gestein eingeschlossen ist. CDU/CSU und FDP wollten tatsächlich mit einer sog. „Lex Bodensee“ eine Zweiklassengesellschaft im Trinkwasserschutz einführen. Der Schutz

der Menschen im Einzugsgebiet des Bodensees darf dem Deutschen Bundestag aber natürlich nicht wichtiger sein als der Schutz der Menschen im Ruhrgebiet. Gemeinsam mit allen anderen 16 Ruhr-MdB der SPD habe ich deshalb zum Schutz des Trinkwassers im Ruhrgebiet aufgerufen. [Der Aufruf ist hier mit einem Klick hier abrufbar.](#)

Rund 10.000 Drucksachen liegen pro Wahlperiode in den Abgeordneten-Postfächern. Viel zu viel Papier, aber dank Drucksache 13654 bekommen wir ab Herbst alle Drucksachen „in der Regel auf elektronischem Weg“. Endlich. Ich arbeite so wieso fast papierlos, aber für Umwelt und Poststelle ist das eine echte Erleichterung.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607
Fax: 030 / 227 76607

baerbel.bas@bundestag.de
www.baerbelbas.de